



GdP erringt absolute Mehrheit

Die Personalratswahlen in der Bundespolizei sind gelaufen und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wurden durch das Wahlergebnis Lösungskompetenzen zugewiesen. – Die anderen drei Wahlbewerber wurden deutlich auf die hinteren Plätze verwiesen.

Der GdP und ihren Kandidatinnen und Kandidaten wurde für die Auseinandersetzung in den Dienststellen und Behörden sowie gegenüber der Politik „der Rücken gestärkt“.

Für diesen Vertrauensbeweis zu unserer bisherigen Arbeit und dem zuerkannten Vertrauensvorschuss für die Zukunft bedanken wir uns bei allen Wählerinnen und Wählern!

Wir fühlen uns der vertrauensvollen Zusammenarbeit und dem sozialen Frieden in der Dienststelle verpflichtet. Wir versprechen euch, auch in den nächsten vier Jahren unserem Anspruch gerecht zu werden. Kompetenz, Verbindlichkeit und Authentizität zahlen sich aus. Nun gilt es, nicht zuletzt zu den Herausforderungen, der sich die Bundespolizei zu stellen hat, auch weiterhin unsere Stimme zu erheben, damit diese Arbeitswelt erträglich und gerecht, aber für alle Betroffenen auszuhalten bleibt. Zum amtlichen Endergebnis, welches zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht feststand, verweisen wir auf unsere Berichterstattung auf unserer Homepage: gdpbundespolizei.de.

Eindeutiger Wählerwille für die Sitzverteilung im Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR)

Im BHPR wird sich zukünftig in bewährter Form auch weiterhin unsere GdP-Handschrift widerspiegeln. Unsere Personalvertreter wer-

den sich in dieser Vertretung auf höchster Stufe gegenüber dem Bundesministerium des Innern in verlässlicher und kreativer Art und Weise für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen einbringen. Denn unser Berufsalltag wird durch hohe Belastungen, auch als Folge der Massenmigration, des Personalfehls und der Finanzlöcher geprägt.

Jede und jeder, unabhängig von Amt, Funktion und Status, leistet einen ganz wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit in unserem Land.

Das dürfen und werden wir uns nicht kleinreden lassen. „Wenn vier Listen antreten und die GdP die absolute Mehrheit erringt, dann ist das schon eine tolle Sache“, so der GdP-Vize Sven Hüber.

Besonders erfreulich ist, dass bei diesen Wahlen in der Bundespolizei auch örtliche Personalräte „zurückgewonnen“ werden konnten; – so zum Beispiel in Würzburg und Nürnberg.

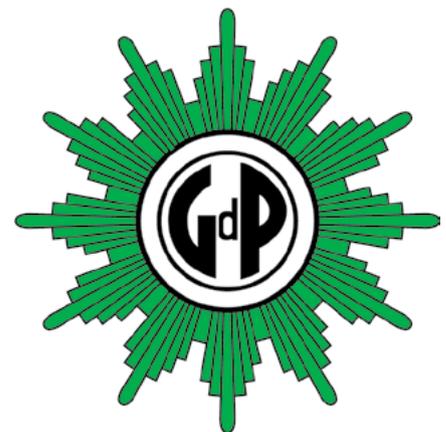
GdP stellt auch im Bezirkspersonalrat (BPR) die Mehrheit

Auch im BPR – als Verhandlungsgremium mit den Verantwortlichen unseres Bundespolizeipräsidiums – erzielte die GdP ein beeindruckendes Ergebnis. Somit werden wir auch dort unsere Arbeit, nicht zuletzt als Ideenschmiede, fortsetzen können.

Damit wurde die gute Arbeit, die der BPR-Vorsitzende Martin Schilff und sein Team in den letzten vier Jahren geleistet hat, eindrucksvoll bestätigt. Wir als Gewerkschaft der Polizei haben mit unseren Vorstellungen eines Konsolidierungsprogramms für die Bundespolizei sowie mit unseren anderen Broschüren zu unseren Vorhaben für die nun begonnene Amtszeit der Personalräte



klar Stellung bezogen. Und wir werden mit diesem Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler zügig damit beginnen, diese Vorstellungen konsequent umzusetzen. Wir sind uns des Vertrauens, welches unsere Kolleginnen und Kollegen in uns setzen, sehr wohl bewusst. Und dieses Vertrauen ist uns Verpflichtung, alles zu tun, dass unsere Bundespolizei – aber auch der Zoll und das Bundesamt für Güterverkehr – menschlicher, fairer und besser werden.



Was tut sich zu möglichen Anreizen?

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert u. a. als einen zentralen Aspekt für hohe Lebenshaltungskosten einen Ausgleich in sogenannten Hochpreisregionen, um die Bundespolizei attraktiver zu machen. Zu angemessenen und fairen Bezahlungs- und Vergütungsstrukturen sowie zum Anspruch, die Bundespolizei verlockender daherkommen zu lassen, gehört jedoch mehr.

Und die GdP formulierte ihre Ambitionen, dem gerecht zu werden. Diese Prozesse gestalten sich mitunter mühsam und langwierig. Immer wieder werden wir mit Fragen konfrontiert, welche Initiativen sich seitens der GdP auslösen und welche Vorstellungen favorisiert werden? – Das Bezirksjournal Bundespolizei fragte hierzu bei unserem stellvertretenden GdP-Vorsitzenden Sven Hüber nach, dessen gewerkschaftliches Einbringen seit vielen Jahren diesen Themen gilt.

DP: Die GdP formulierte in ihren Eckpunkten zu einem Konsolidierungsprogramm für die Bundespolizei unterschiedliche Vorstellungen. Stichwort: „Ballungsraumzulage“, also die Forderung nach einem Kaufkraftausgleich. Was verbirgt sich dahinter?

Sven Hüber: Beamte sollen sich nach ihrem Amt annähernd das Gleiche leisten können. Das Bundesverfassungsgericht hat darauf hingewiesen, dass sowohl der familiär bedingte Unterhaltsbedarf des einzelnen Beamten realitätsgerecht zu berücksichtigen ist als auch bei der Bemessung der Bezüge von Beamten, die das gleiche Amt innehaben, an Wohnsitz oder Dienort anknüpfende Abstufungen vorgesehen werden können, sofern sich solche regionalen Unterscheidungen nach Anlass und Ausmaß der Differenzierung vor dem Gleichbehandlungsgrundsatz rechtfertigen lassen. Das ist nach unserer Meinung angesichts der enormen Differenzen der Lebenshaltungskosten in Hochpreisregionen der Fall. Wir fordern mit dem Kaufkraftausgleich im Inland übrigens nur das, was in der Auslandsbesoldung längst geregelt ist. Es ist nicht einsehbar, dass die geringere Kaufkraft beim Einsatz in London berücksichtigt wird, aber in Frankfurt oder Stuttgart oder München nicht. Die Teuerungsrate im Vergleich zum Sitz der Bundesregierung kann das Statistische Bundesamt auch im Inland ermitteln.

DP: Auch die Modernisierung des Umzugskostenrechts steht auf der gewerkschaftlichen Agenda. Was könnte sich hierzu im Positiven auslösen?

Sven Hüber: Zum einen sollen die Benachteiligungen von Ledigen ohne eigenen Hausstand nach Ausbil-



Sven Hübers Anstrengungen als stellvertretender GdP-Vorsitzender zielen immer wieder auf die Realisierung von Verbesserungen für unsere Beschäftigten ab. Seine „Handschrift“ ist in den Eckpunkten unseres Konsolidierungsprogramms stark erkennbar. Foto: GdP

dungsabschluss dauerhaft verschwinden. Zum anderen wollen wir eine Regelung, dass die bisherige Grenze von zwei Jahren zum Trennungsgeldbezug der Lebenswirklichkeit angepasst wird. Diese stammt aus Zeiten der Residenzpflicht des Beamten. Wir aber sind eine Polizei mit Tausenden Fernpendlern, die aus sozial-familiären Gründen nicht umziehen können. Aus unserer Sicht sollte es eine Wahloption geben, ob man die Umzugskosten in Anspruch nimmt oder sich den Betrag monatlich gestaffelt als Mobilitätsbeihilfe auszahlen lässt. Zur Neuorganisation hatten wir dieses bereits für unsere Tarifbeschäftigten durchgesetzt und das sollte Standard für alle werden.

DP: Daneben sollen Anpassungen des Eingangsamts und der Obergrenzen ihren Niederschlag finden. Worauf zielt die GdP hierbei ab?

Sven Hüber: Seit dem legendären „Kienbaum-Gutachten“ gilt auch für die Bundespolizei, dass Polizeiarbeit wirklich sachgerecht erst ab A 9 bezahlt wird. Diesen Anspruch geben wir nicht auf, auch wenn der Fortschritt eine „Schnecke“ ist. Wenn jetzt Länder wie Schleswig-Holstein nach der Ausbildung nach A 8 einstellen, gibt es keinen Wettbewerbsgrund für den Bund, nicht gleichzuziehen, so wie vor 25 Jahren das



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



GERECHTE BEWERTUNG VON ARBEIT

Eingangsamst von A 6 nach A 7 gehoben wurde. Zudem gibt es für eine Deckelung der Beförderungplanstellen A 9 m durch „Obergrenzen“ bei nur 50% des mittleren Dienstes keine sachlichen Gründe. Das gehört abgeschafft. Im gehobenen Dienst indes sind wir noch sehr weit von den Obergrenzen für A 12 und A 13 entfernt. Die müssen jetzt erst mal durch zusätzliche Beförderungplanstellen erreicht werden.

DP: Die Personalgewinnung – am Beispiel des Rhein-Main-Gebietes – zeigt, dass wir nur peu à peu auf diesem Terrain „Fuß fassen“. Und wenn wir glauben, diesen „Fuß in der Tür“ zu haben, merken wir, dass wir letztendlich gegen finanzstarke Mitbewerber nicht konkurrenzfähig sind, um Personal aus der Region für die Region zu gewinnen. Welche Anpassung wären über das Bundesbesoldungsgesetz aus deiner Sicht sinnvoll und umsetzbar?

Sven Hüber: Die Vorstellung, dass ein Bundesbeamter nur für Pflichtgefühl und Ehre berufslebenslang durch das Bundesgebiet wandert und am besten noch in die Bedarfsdienststellen, ist unrealistisch. Der Bund muss sich fragen, was es ihm wert ist, dort gutes Personal zu gewinnen und langfristig einzusetzen. Das geht mit Personalgewinnungszuschlägen, schnellerem Aufstieg in den Gehaltsstufen, attraktiven Verweilprämien. Wenn dem Dienstherrn die Personalgewinnung dafür wirklich so wichtig ist, muss sie ihm auch etwas wert

sein. Man stelle sich nur vor, was man allein mit den heutigen Gesamtkosten der Abordnungen nach Rhein-Main in diesem Sinne anfangen könnte. Statt das Abordnungskarussell durch die Bundespolizei zu drehen, sollte das Geld lieber zum Beispiel in richtig anständige Gewinnungsprämien umgemünzt werden.

DP: Die Gewerkschaft der Polizei würde eine gemeinsame Resolution der politisch Verantwortlichen zur Konsolidierung der Bundespolizei als parlamentarische Willenserklärung und Grundlage eines Konsolidierungsprogrammes sehr begrüßen. Welches Feedback aus dem politischen Raum ist dir hierzu bekannt?

Sven Hüber: Leider wirft der Wahlkampf 2017 schon seine Schatten voraus. Man sammelt bereits Stichpunkte für die nächste Koalitionsvereinbarung und scheut programmatische Festlegungen. Auf Druck des Finanzministers bleiben zudem viele Erklärungen zu „Sicherheitspaketen“ auch bewusst nebulös. Man nennt zur „Bevölkerungsbeeindruckung“ lieber Globalzahlen als notwendige konkrete und nachprüfbar Vorhaben, wie zum Beispiel von uns gefordert für die Bahnpolizei, die Bereitschaftspolizei, die Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheiten, die Ermittlungsdienste oder die Westgrenze. Eigentlich müsste der Druck zu einer parteiübergreifenden politischen Vereinbarung über eine langfristige und vor allem zielgerichtete, programmatische Konsolidierung der

Bundespolizei über den politischen Tag hinaus vom Bundesinnenminister kommen. Aber wir bleiben da dran, die GdP ist ein anerkannt sachkom-



Unsere Positionen sind unter unserem Internetauftritt: menschlich-besser-fair.de/konsolidierung.pdf abrufbar. Die Broschüre ist als Printmedium auch über unsere GdP-Untergliederungen vor Ort erhältlich.

petenter und begehrter Gesprächspartner für alle politischen Parteien im Bundestag und auch für die Bundesregierung.

DP: Lieber Sven, wir danken dir für dieses Gespräch.

VERHANDELN STATT VERORDNEN

„Wir haben viel Wichtiges auf dem Zettel!“ – Das Bundesministerium des Innern (BMI) und der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verhandeln Forderungen.

Die GdP schrieb in den vergangenen Monaten den Bundesinnenminister zu verschiedenen Themen, die unseren Kolleginnen und Kollegen „unter den Nägeln“ brennen, an und schlug hierzu gute Lösungen vor. Die GdP gilt gegenüber der Bundesregierung als harter Interessenvertreter, aber auch als seriöser Verhandlungspartner, der den Gewerkschaftsgrundsatz „Verhandeln statt verordnen!“ ernst nimmt. Das Bundesministerium

des Innern lud deshalb die GdP-Spitze der Bundespolizei zum Gespräch über die einzelnen gewerkschaftlichen Forderungen ein und Mitte April 2016 trafen sich Jörg Radek und Sven Hüber im Bundesministerium des Innern mit den Abteilungsleitern Dr. Helmut Teichmann (Bundespolizei) und Paul Fietz (Dienstrecht) sowie den Referatsleitern Daniel Christians (Besoldungsrecht) und Gernot Achsnich (Grundsatz, Haushalts- und Personalangelegenheiten Bundespolizei), um über diese GdP-Vorschläge zu sprechen. Die BMI-Vertreter zeigten sich bereits eingangs gut über die „Eckpunkte eines Konsolidierungsprogramms für die Bundespolizei“ der GdP informiert. „Wir haben viel Wichtiges auf dem

Zettel und wir müssen darüber sprechen“, so Jörg Radek, der diese Zusammenkunft ausdrücklich begrüßte. Unter gdpbundespolizei.de präsentierten wir bereits diese erzielten Verhandlungsergebnisse und Gesprächspunkte. An dieser Stelle wird das Wesentliche nochmals zusammengefasst:

Das Hebungsprogramm wird fortgesetzt – zunächst 2700 weitere zusätzliche Einstellungen für die Bundespolizei geplant

Fortsetzung auf Seite 4



VERHANDELN STATT VERORDNEN

Fortsetzung von Seite 3

Ausführlich wurde die Frage der Ausgestaltung des verkürzten Aufstieges in den gD (§ 16 BPolLV) und die von der GdP geforderte Fortführung des Hebungsprogramms vom mittleren in den gehobenen Dienst besprochen. Die GdP fordert, auf der Grundlage der Feststellungen des BMI zum Attraktivitätsprogramm aus 2002 weitere mehrere Tausend Funktionen zusammen mit den diensttuenen Beamten des mittleren Dienstes (vorrangig vereinfacht) in den gehobenen Dienst zu überführen. Das betrifft vor allem auch Funktionen, in denen heute Beamte sowohl des mittleren Dienstes als auch des gehobenen Dienstes eingesetzt werden können. Zudem müssten deutlich mehr Aufstiegsmöglichkeiten zum familienfreundlichen verkürzten Aufstieg angeboten werden. Die Vertreter des BMI sagten grundsätzlich zu, dass das Hebungsprogramm fortgesetzt werden soll. Das betrifft auch die Verbesserung der Beförderungsplanstellensituation im mittleren, gehobenen und höheren Dienst.

Zusätzliche Planstellen für den gesetzlichen Auftrag gefordert

Die GdP mahnte gegenüber dem BMI an, dass zusätzliche Planstellen vor allem für die Erhöhung der Anzahl und die Auffüllung der Einsatzhundertschaften und der Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheiten, für die massive Verstärkung der Bahnpolizei und der Ermittlungsdienste sowie zum Aufbau eines Ausgleichs-Fahndungsschleiers an der Westgrenze im Sinne eines langfristigen und verlässlichen Konsolidierungsprogramms bereitgestellt werden müssen.

Personalmangel allenthalben. Unsere Vorstellungen zur Konsolidierung, Personalgewinnung und Personalbindung liegen auf dem Tisch. – Wir erwarten jetzt Antworten.



Weiter uneinsichtige Haltung des Ministeriums zu Bereitschaftszeiten

In der Frage des vollen Freizeitgleichs für geleisteten Bereitschaftsdienst will das BMI die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abwarten, die noch für dieses Jahr erwartet wird. Die GdP-Vertreter konnten jedoch erreichen, dass die Frage des Verzichts auf die Einrede der Verjährung der Ansprüche für alle Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ansprüche gegenüber der Behörde geltend gemacht haben, zügig und wohlwollend geprüft wird. Die GdP will weiter mit dem BMI Musterverfahren vereinbaren.

Gespräche zur Umsetzung der GdP Vorschläge zur Beendigung der belastenden Abordnung vereinbart

Auf großes Interesse und Zustimmung stießen die Vorschläge der GdP zur Beendigung der belastenden Abordnung und zur Neuordnung der Luftsicherheitsaufgaben des Bundes. Es müssen Wege aus der Abordnungsfalle gefunden werden. Auch das BMI sieht in der Luftsicherheitsaufgabe einen „Personalfresser“, bei dem überlegt werden muss, ob sich die Bundespolizei diesen wachsenden Aufgabenbereich weiter leisten kann. Konkrete Prüfaufträge sind durch das Ministerium bereits ergangen. Bereits im Juni wollen sich GdP und BMI ein weiteres Mal zu einem Fachgespräch treffen, um über Möglichkeiten der Umsetzung zu beraten.

Anwärterinnen und Anwärter besser abfinden

Die Forderung der GdP, den Anwärterinnen und Anwärtern des zweiten Dienstjahres, die bereits voll in das Einsatzgeschehen integriert werden, diese Einsatzzeiten besser zu vergüten und mehr als nur die hälftige Polizeizulage zu zahlen, stieß auch bei den Vertretern des BMI auf großes Verständnis. Die Vertreter des BMI sagten eine zügige wohlwollende Prüfung zu.

Längere Ausgleichszeiträume für Überstunden aus Einsätzen

Ausführlich wurde über den Abbau von Überstunden gesprochen. Die GdP-Vertreter kritisierten, dass die verschiedenen Rechtskreise bezüglich der Überstunden und in der Folge die unterschiedliche Behandlung von Überstunden aus angeordneter Mehrarbeit und aus einheitlichem Freizeitgleich nach § 11 Bundespolizeibeamtengesetz (BPolBG) für die Kolleginnen und Kollegen kaum mehr nachzuvollziehen sind. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Berge an Überstunden aufgebaut und können sie in den vorgegebenen Fristen von drei Monaten (§ 11 BPolBG) bzw. innerhalb eines Jahres (§ 88 Bundesbeamtenengesetz [BBG]) kaum ausgleichen. Die GdP fordert eine Änderung der Arbeitszeitverordnung mit echten Langzeitkonten für bessere Ausgleichszeiträume. Die BMI-Vertreter sagten zu, eine Verlängerung von Ausgleichszeiten zügig nach Abschluss der Tarifverhandlungen prüfen zu wollen, damit keine Überstunden verfallen.

Jörg Radek bekräftigte noch einmal die Forderung der GdP nach Wie-



Es gilt für die Gewerkschaft der Polizei, „in Stein gemeißelte“ Festlegungen kreativ zu überwinden – und wir haben bewiesen, dass wir es können.



VERHANDELN STATT VERORDNEN

dereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Offen zeigten sich die BMI-Vertreter für die von der

GdP geforderte Erweiterung des Be- rechtigtenkreises der Zulagen für be- sondere Einsätze nach § 22 Erschwer-

niszulagenverordnung (EZuLV) und sagten eine zügige Prüfung der GdP- Forderungen zu.

KOMMENTAR

Teil des Problems oder Teil der Lösung?

Die Bewältigung der polizeili- chen Lage der letzten Wochen und Monate lenkte die mediale und politische Aufmerksamkeit auf die Bundespolizei.

Dabei wurde nicht nur die Mehr- belastung sichtbar. Längst ist deutlich, dass Zeitlagen wie Terror- fahndung oder Veranstaltungslagen nur durch besonderes Engagement und Hingabe unserer Beschäftigten bewältigt werden können. Es ist die Aufgabenmenge, die dazu führt, dass der Alltag nach wie vor angespannt ist. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es immer Menschen sind, die diese Lagen bewältigen. Diese Betrachtung darf nicht dazu führen, dass Probleme in der Bundes- polizei nur benannt werden: Die Menschen erwarten auch, dass Lösungen aufgezeigt werden.

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich Lösungen noch nie verweigert. Doch diese müssen menschlich und fair sein, um danach Besseres zu erreichen.

Stärkstes Beispiel sind die Abord- nungen. Richtig und wichtig ist die Beteiligung der Personalräte bei der Auswahl. Wichtiger ist jedoch, Ideen zu entwickeln, um nach Lösungen zu suchen, die Abordnungen vermeiden helfen. Doch auch hier gilt, wie beispielsweise bei der gerechten Eingruppierung gemäß der Entgelt- ordnung: Alle Beteiligten müssen für sich die Frage beantworten, ob sie mit ihrer Herangehensweise und Haltung zur Problemlösung eher Probleme oder Lösungen kreieren wollen?

Aus zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen ist erkennbar, dass dort, wo ein Wille ist, auch ein Weg gefunden werden kann. Für Lösungen bei den anstehenden Vorhaben ist es zielführend, sich an den Menschen, für die sie gefunden werden sollen, sich auszurichten und nicht Bedenken aufzuschichten.

Die Vergangenheit zeigte, welche Wirkung die Fehler bei Einstellun- gen hinsichtlich der Personalstärke



Foto: F. Radke

hervorrufen. – Wir können die Uhr jedoch nicht zurückdrehen.

Für die anstehenden Gespräche kann ich die Gesprächspartner im Sinne der Menschen in der Bun- despolizei und der Zeit, die diese Lösungen brauchen, nur auffor- dern, sich dazu zu entscheiden, nicht Teil des Problems zu sein, sondern an den Lösungen mitzuar- beiten.

Euer Jörg Radek

NACHRUFE

Mit tiefer Betroffenheit nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Johann Gattung

der am 4. April 2016 im Alter von 75 Jahren verstarb. Wir verlieren mit ihm einen Kollegen, dessen Solidarität und menschliches Mitgefühl uns Vorbild und Antrieb sein werden. Seine Stimme wird uns fehlen.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Martin Schmitt – für die GdP-Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unseren Kollegen

Dennis Voigt

der nach schwerer Krankheit am 8. April 2016 im Alter von nur 44 Jahren verstarb.

Wir trauern um einen freundlichen und hilfsberei- ten Kollegen, der als Angehöriger unserer Bundes- polizeiinspektion IV zuletzt seinen Dienst an der deutschen Botschaft in London versehen hat. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Martin Schmitt – für die GdP-Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen



Gutes toppen – Falsches stoppen

Aktuell kreisen die Debatten um asylrechtliche und grenzpolitische Fragen, aber es gibt weitere Sicherheitsthemen, die man nicht aus den Augen verlieren darf. Dazu gehören die neuen Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität (OK).

Mit ihrem enormen Gefährdungspotenzial sucht sich die OK angesichts eines geringen Verfolgungsdrucks immer weiter neue Märkte, die hohe Gewinne erwarten lassen und vermischt sich zunehmend mit dem Terrorismus. Darauf müssen auch die Strafverfolgungsbehörden reagieren. Neben Drogengeschäften verdienen Kriminelle heute vermehrt mit Arzneimittelfälschungen, Plagiaten und Zigarettenschmuggel das große Geld, waschen es im „Panama-Sumpf“ und finanzieren damit auch den Terror. Bei allen Delikten ist der Zoll bis heute eine der effektivsten polizeilichen Fahndungsbehörden und bearbeitet seit Jahren die meisten Fälle im Kampf gegen die organisierte Kriminalität (OK). Keine Landespolizei – und auch nicht das Bundeskriminalamt (BKA) – hat über die letzten Jahre mehr OK-Verfahren bearbeitet als der Zoll.

„Der Zoll braucht Augenhöhe mit der Polizei.“

Das machte der GdP-Zoll-Vorsitzende Frank Buckenhofer (Foto) unmissverständlich deutlich und forderte gegenüber der Politik, dass sich der Zoll den neuen Strukturen anpassen und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität deutlicher in die polizeiliche Sicherheitsarchitektur involviert werden muss. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert bereits seit der Jahrtausendwende eine schlagkräftige deutsche Bundesfinanzpolizei, die dem unersättlichen Gewinnstreben der OK, der Terrorismusfinanzierung, der Geldwäsche und dem internationalen Schmuggel von Rauschgift, Waffen, Arzneimitteln und Zigaretten wirksam begegnet.

Alleine in den Ortsbehörden (Hauptzollämter und Zollfahndungsämter) mit ihren ca. 3100 Beschäftigten im Bereich Organisation, Haushalt und Personal (OPH) sind 15 000

Kräfte in den vollzugspolizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten eingesetzt. Diese Einsatzkräfte bilden mit Abstand aber den größten Anteil des Personals und sind sicher kein Annex. Sie sind deutlich mehr Beschäftigte als die ca. 10 000 Beschäftigten in den steuerlich-administrativen Aufgabenbereichen „Fachliche Behandlung“ und „Zollämter“ und als die 4200 Beschäftigten in den Straf- und Bußgeldstellen sowie der Vollstreckung.

Wirksame und effektive Finanzpolizeibehörden oder vergleichbare Polizeieinheiten mit den entsprechenden vollzugspolizeilichen Aufgaben des deutschen Zolls gibt es in vielen Ländern. Während viele Innenpolitiker aller Fraktionen im Deutschen Bundestag diesem Reformgedanken seit Jahren sehr positiv gegenüberstehen, stellen sich jedoch fast alle Finanzpolitiker und das für eine solche Behörde zuständige Bundesfinanzministerium mit aller Kraft dagegen. Sie nutzen bis heute den parlamentarischen Schatten zwischen Innen- und Finanzpolitik geschickt aus, um zu verhindern, dass sich der Zoll in einer tauglichen polizeilichen Aufbauorganisation Seite an Seite mit den anderen Polizeibehörden dieser neuen Form von Kriminalität geschlossen entgegenstellt.

Das und andere Themen war auch Gegenstand eines ersten Gesprächs der GdP mit dem Präsidenten der Generalzolldirektion (GZD), Uwe Schröder, der nach etwas mehr als 100 Tagen im Amt als oberster Zöllner eine positive Bilanz der zum Jahresbeginn umgesetzten Reform der Zollverwaltung zog. Gleichwohl werden der Reformprozess und das Zusammenwachsen der neuen und jungen Behörde noch einige Zeit beanspruchen. Von den etwas über 7000 Beschäftigten der neuen GZD sind ca. 3800 in den Direktionen 1 und 2, zuständig für OPH, ca. 1200 in der Aus- und Fortbildung und den Prüfungs- und Lehranstalten, über 1000 im Zollkriminalamt und weitere 1000 verteilen sich auf die fünf Fachdirektionen der ehemaligen Bundesfinanzdirektionen.

Für Buckenhofer ist Mitarbeiterzufriedenheit der Schlüssel zum Erfolg der Zollverwaltung. Dazu zählen jedoch nicht nur Fragen der



Frank Buckenhofer plädiert – ohne Wenn und Aber – für eine deutlichere Einbindung des Zolls in die Sicherheitsarchitektur. Foto: GdP

Gestaltung von Arbeitszeit und Beförderungsaussichten, sondern insbesondere auch die Identifikation mit dem Beruf und die Anerkennung der Arbeitsleistung. So stehen das Zusammenwachsen der aus unterschiedlichen Behörden entstandenen Generalzolldirektion ebenso wie die Ausstattung und Arbeitsweise der verschiedenen Aufgabenbereiche des Zolls im Fokus der Gewerkschaft und ihrer Personalratsmitglieder.

Herausforderung der Generalzolldirektion ist es laut Buckenhofer, Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen zu harmonisieren, gleichzeitig den Besonderheiten unterschiedlicher Aufgaben Rechnung zu tragen. Deutlich wird dies u. a. bei der Ausgestaltung der Rolle des Zollkriminalamts als Teil der Generalzolldirektion und gleichzeitig erkennbarer Baustein der Sicherheitsarchitektur.

Präsident Schröder zeigte ein offenes Ohr für konstruktive Kritik und Ideen. Fragen zur Steuerung der operativen Einheiten, Bewaffnung und Ausstattung, aber auch zu Regelungen zu Stellenausschreibungen, Beförderungen, Arbeitssicherheit und Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege werden im weiteren Dialog zwischen Gewerkschaft und Behördenleitung weiter thematisiert.



NACHHALTIG – FANTASIEVOLL – AUSDAUERND

Erfolgreiches Engagement

Erfolgreiches Engagement: In der Diskussion um die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten mit einem zweiten Magazin für die Pistole P 30 setzte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) durch.

Auf freiwilliger Basis sollen alle Kolleginnen und Kollegen, die dies wünschen, zügig ein Reservemagazin erhalten. Sofern die mehrere Tausend Stück umfassenden Bestände nicht ausreichen, werden umgehend weitere Magazine beschafft. Außerdem wurde die Beschaffung von Magazintaschen eingeleitet.

Ein herzliches Dankeschön an die über 5000 Unterstützer, die sich an unserer Unterschriftenaktion beteiligt haben!

Die GdP hatte mit ihren Personalvertretern bereits vor der Einführung der P 30 die Ausstattung mit einem zweiten Magazin gefordert. Auch der letzte Delegiertentag des GdP-Bezirks Bundes-

polizei hatte diese Forderung nochmals bekräftigt und einen entsprechenden Antrag beschlossen. Die GdP-Forderung hatte nach den Terroranschlägen in Europa mit auch getöteten Polizeikollegen, aber auch durch die verbindliche Einführung des Amoklage-Trainings in der Bundespolizei mit integriertem Magazinwechseltraining weitere Brisanz erhalten. Nachdem eine Initiative des GdP-geführten Bezirkspersonalrates – zu Beginn dieses Jahres – beim Bundespolizeipräsidium zur Wahlausstattung mit einem zweiten Magazin bei den Entscheidungsträgern (noch) nicht zum Erfolg führte, startete die GdP eine Medien- und Unterschriftenkampagne und suchte zeitgleich das Gespräch mit Präsidium und Bundesinnenministerium. Nachdem in einem Spitzengespräch des Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Dieter Romann, seiner Vizepräsidenten und des zuständigen Abteilungsleiters mit den GdP-Vorstandsmitgliedern Jörg Radek und Sven Hüber



Ende März 2016 in Potsdam bereits grundlegende Einigung erzielt werden konnte, erfolgte in dem Verhandlungstermin des Bundesinnenministeriums mit der GdP Mitte April 2016 die ausdrückliche Zusicherung des Ministeriums, dass unsere langjährige Forderung erfüllt wird.

Für diese Gespräche war die parallel laufende Unterschriftenaktion eine immens wichtige Verhandlungunterstützung. Nur mit einer starken Gemeinschaft lässt sich etwas bewegen. – GdP: Menschlich, fair, besser!

FACHGRUPPE BAG

Mitte April 2016 fanden im gesamten Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Wahlen zu den Personalräten sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretungen statt. Dabei konnten wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP), Güterverkehrspolizei (GVP) gleich fünf Erfolge verzeichnen. Daher gilt zunächst unser großer Dank all unseren Wählerinnen und Wählern, die uns ihr Vertrauen aussprachen.

Erfolg Nr. 1 – GdP in vielen örtlichen Personalräten des Bundesamtes

für Güterverkehr (BAG): Konkret bedeutet dies, dass es uns als GdP gelungen ist, in acht von zwölf örtlichen Personalräten im BAG vertreten zu sein. Damit ist die GdP auch auf örtlicher Ebene gut aufgestellt und kann in Schwerin, Bremen, Hannover, Mainz, Münster, Saarbrücken, Berlin sowie Erfurt aktiv mitbestimmen und gestalten.

Erfolg Nr. 2 – GdP erhält zusätzlichen Sitz im Gesamtpersonalrat (GPR) und übernimmt dessen Vorsitz: Im GPR verdreifachten wir fast – im Vergleich zu 2012 – für die Beamten unser Ergebnis der abgegebenen Stimmen für die GdP. 40% der Beamten sprachen uns ihr Vertrauen aus. Somit kön-

nen wir mit Mario Märgner und Andreas Uhlhorn erstmals zwei Beamtenvertreter in dieses Gremium entsenden. Und obwohl durch die Verbeamtungen in den Kontrolldiensten viele unserer tariflichen Wähler in die Gruppe der Beamten wechselten, verzeichneten wir auch bei den Stimmen für die Tarifbeschäftigten weitere Zuwächse. Ein Viertel aller Wähler machte dort sein Kreuz bei der GdP. Obwohl es im Vergleich zu 2012 nur noch acht – anstatt zehn Plätze – für Tarifvertreter im GPR gibt, konnten wir unsere zwei Tarifplätze sichern und Norbert Drost sowie Alexander Haimerl als GdP-Vertreter für die Tarifbeschäftigten in den GPR entsenden. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung ging der Vorsitz des 20. Gesamtpersonalrates an die GdP und wird ab sofort von unserem Mitglied Alexander Haimerl wahrgenommen. In dieser Aufgabe wird er durch Mario Märgner als weiteres GPR-Vorstandsmitglied unterstützt.

Erfolg Nr. 3 – Wiedereinzug der GdP in die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV): In der GJAV des BAG haben wir unser



Gut,
dass es sie gibt.



Gewerkschaft der Polizei

Fortsetzung auf Seite 8



FACHGRUPPE BAG

Fortsetzung von Seite 7

Ergebnis im Vergleich zu 2014 verdoppelt und nahezu die Hälfte aller Stimmen für uns verzeichnen können. Unser GdP-Vertreter Fabian Sürth wird dort seine erfolgreiche Arbeit für die Azubis weiterführen können.

Erfolg Nr. 4 – GdP erneut in der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) des BMVI: Von Null auf Zwei. Auch in der HJAV im BMVI haben wir zwei Plätze erhalten. Ab sofort können unsere GdP-Mitglieder Fabian Sürth und Nicole-Julia Gryga auch auf Ministeriumsebene die Interessen der Auszubildenden vertreten.

Erfolg Nr. 5 – GdP erstmals im Hauptpersonalrat (HPR) des BMVI: Und unser größter Erfolg: Die GdP-GVP sitzt im Hauptpersonalrat. Wir haben es geschafft, für die Tarifbeschäftigten einen Platz zu erhalten. Und dies nicht etwa durch einen „Auffüllplatz“ auf einer Fremddliste,

sondern aus eigener Kraft. Alexander Haimerl wird damit in den nächsten vier Jahren unsere Interessen im Ministerium vertreten.

Erfolg verpflichtet

Die deutlichen Zuwächse an GdP-Stimmen sind für unsere Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit zugleich Ansporn und Verpflichtung. Sie zeigen uns aber auch, dass wir als GdP im BAG auf dem richtigen Weg sind, wenn wir die Interessen der Beschäftigten in unseren Fokus stellen und diese klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Unserem Ziel, eigene Mehrheiten im Gesamtpersonalrat zu erhalten, sind wir damit erneut ein Stück näher gekommen. Gleichzeitig werden wir aktiv daran weiterarbeiten, diese positiven Entwicklungen auszubauen und in messbare Erfolge für die Beschäftigten des BAG und BMVI umzuwandeln.

Mario Märgner



Die Wahlergebnisse verdeutlichen, dass sich BAG-Fachgruppen-Chef Mario Märgner mit seinem Team auf dem richtigen Weg befindet. Foto: privat

ARBEITEN UND GESUND BLEIBEN

Es gilt für jeden Einzelnen von uns, auch das Arbeitsleben unter dem Aspekt „Gesundheit“ jederzeit zu überprüfen. Gesunder und ausreichender Schlaf bildet dabei nur ein Mosaikstein ab. Es gibt jedoch noch weitaus mehr, um der Gesundheit Rechnung zu tragen.

Ein Leben lang arbeiten und dabei gesund bleiben. – Möglichkeiten eines persönlichen Gesundheitsmanagements ...

„Wir brauchen ein Konzept für ein persönliches Gesundheitsmanagement, das auf die Bedürfnisse von Polizeibeamten zugeschnitten ist.“ So lautete das Fazit unseres GdP-Kollegen Torsten Gripp im Nachgang eines Seminars zum Thema „Gesundheit“ bei der Bundespolizei. Dr. Wilhelm Künsting wurde, ausgehend von seinen Vorerfahrungen als Sportwissenschaftler, Autor und Mitentwickler von Gesundheitskampagnen (AOK u. a.) gebeten, eine Idee dafür zu entwickeln. In einer intensiven, konstruktiven Zusammenarbeit entstand daraufhin ein Gesundheitsbuch („Alles Gute!“), das die Grundlage für einen selbstständig durchzuführenden Gesundheits-Workshop liefert.

Der vollständige Artikel wurde auf den Internetseiten unserer GdP-Direktionsgruppe Nordrhein-Westfalen (<http://dir-nrw.gdpbundespolizei.de>) veröffentlicht und gibt einen Überblick über die Vorüberlegungen, die zu der Entwicklung des Gesundheitsbuches geführt haben.

